



Pressemitteilung

Ansbach, 31.05.2011

Verteidigungsausschuss lehnt mehr Schutz vor Fluglärm ab – Gleichstellung erneut vertagt:

Schwarz-gelbe Ankündigungspolitik hilft den Menschen in Ansbach nicht weiter

US-Schwarzbauten: Offene Linke fordert Abriss der Stacheldrahtzäune – B-14-Ampel unnötig

Am vergangenen Mittwoch hat der Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestags den Antrag der Linksfraktion für mehr Schutz der Bevölkerung im Umfeld von Militärbasen vor Fluglärm mit den Stimmen von Union, FDP und SPD vorberatend abgelehnt. Das Konzept der Linken, mit einer rechtlichen Gleichstellung von militärischen und zivilen Flugplätzen sowie mit einem Nachtflugverbot und Überflugverbot von Wohngebieten eine spürbare Entlastung der lärmgeplagten Bevölkerung zu erreichen, hält die Fraktion jedoch weiterhin aufrecht: Der Antrag wird dem Bundestags-Plenum zur Beschlussfassung vorgelegt, die Anfang Juli stattfindet.

Die Offene Linke ruft Ansbacher Lokalpolitiker von CSU und SPD auf, deren Mandatsträger im Bund zur Zustimmung zu bewegen. Die Annahme des Antrags kommt insbesondere den Bürgern im Umfeld der Militärbasis Katterbach zu Gute und ermöglicht gleichzeitig die Umsetzung des einstimmigen Ansbacher Stadtratsbeschlusses vom 26.05.2009. "Mit ihrem Stimmverhalten im Ausschuss geben Koalition und SPD Militärinteressen den Vorrang gegenüber dem Bürgerwohl in Ansbach", kritisierte die Offene Linke.

Gerade die erneute Vertagung der bereits im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Gleichstellung von militärischen mit zivilen Flugplätzen zeige deutlich, dass die unerträgliche Belastung der Bevölkerung durch Hubschrauberlärm bis tief in die Nacht in der Region Ansbach als "Kollektarschaden" schlichtweg beiseite gewischt werden soll. Angesichts halbherziger Versprechungen hiesiger Koalitionspolitiker, die fast zwei Jahre andauernde Untätigkeit beenden zu wollen, erklärte die Offene Linke: "Die schwarz-gelbe Ankündigungspolitik hilft den Menschen nicht. Die Gleichstellung muss unverzüglich in geltendes Recht umgesetzt werden. Dann ist der Gesetzgeber gezwungen, auch in Ansbach die Flugtätigkeit des Militärs endlich streng zu regulieren, will er nicht für Entschädigungszahlungen an tausende vom Fluglärm betroffene Bürger tief in die Tasche greifen müssen."

Mit Blick auf die Zuständigkeit bei der Umsetzung einer solchen Novellierung des Fluglärmgesetzes im Sinne der Betroffenen schieben sich Land und Bund derweil die Verantwortung gegenseitig zu: Während Bundesministerien in Antworten auf Anfragen von Linken und Grünen diese auf den Freistaat abwälzen, er sei zuständig für die Einrichtung sog. "Lärmschutzzonen", verweist die Staatsregierung in Antworten auf Anfragen der Freien Wähler darauf, sie sei für die Einrichtung solcher Zonen auf "externe Daten" von Bundesbehörden angewiesen, welche erst "im Laufe des Jahres 2012" vorlägen. Auch hier ersetze die Annahme des Antrags der Linksfraktion im Bundestag das bürokratischen Behörden-Wirrwarr durch klare gesetzliche Vorgaben, betonte das Ansbacher WählerInnen-Bündnis.

Schwarzbauten: Informationschaos bei US-Armee - Offene Linke gegen Ampel auf B14

Ein Wirrwarr anderer Art hat indes die widerrechtliche Errichtung von Stacheldrahtzäunen östlich der Shipton- und der Bismarck-Kaserne durch das US-Militär ausgelöst: Nachdem die Landesbaudirektion am 18. Mai feststellte, dass die Zaunbauten jeglicher gesetzlichen Grundlage entbehren wurde die US-Armee aufgefordert, die Arbeiten einzustellen. Entgegen Zusagen des Militärs, den Zaun bis zum Abschluss eines ordentlichen Verfahrens wieder abzubauen, wurde der Bau vergangene Woche sogar fortgesetzt.

Vor dem Hintergrund von Aussagen verantwortlicher Armeestellen, niemand wisse, wer den Weiterbau warum angeordnet habe, sprach die Offene Linke von einem "Informationschaos". Dass über zwei Wochen nach Bekanntwerden der Schwarzbauten bei der Stadt -trotz schriftlicher Zusage der Landesbaudirektion- keine Pläne über die Vorhaben eingereicht wurden, bestärkt die Offene Linke in ihrer Einschätzung, dass in Katterbach einiges aus dem Ruder läuft: "Wir dulden keine rechtsfreien Räume in Ansbach. Der fortgesetzte Schwarzbau muss Konsequenzen haben – den Abriss der Zäune durch deutsche Behörden."

Dem "Weisungsnotstand" gegenüber der US-Armee, den die Landesbaudirektion in ihrem Schreiben an die Stadt vom 18. Mai erklärt, folge im subsidiären deutschen Baurecht die unmittelbare Zuständigkeit der Stadt als Bauaufsichtsbehörde mit Blick auf die Entfernung der ungenehmigten Stacheldrahtanlagen, stellte die Offene Linke abschließend fest.

Die heutige Ankündigung der Landesbaudirektion, gegen den Willen der Stadt und ohne Offenlegung einschlägiger Verkehrsprognosen eine Ampel zum Anschluss der Trabantenstadt am Urlas errichten zu wollen, bewertete die Offene Linke jetzt als „Schildbürgerstreich“: „Es werden weitere Fakten geschaffen, ohne Bedarfe geprüft und ohne langfristig tragfähige Lösungen parat zu haben.“ So könne dieses „Provisorium“ zur Dauereinrichtung über mehrere Jahre hinweg werden und zudem in den Planungen eines im Raum stehenden weiteren Monster-Knoten am Windmühlberg als Druckmittel gegen die Stadt verwendet werden. Als Alternative schlägt die Offene Linke vor, zumindest probeweise den Verkehr zum Urlas wie bisher über die Zufahrt Soldatenweiher zu regeln und den abfließenden Verkehr über die Shipton-Kaserne laufen zu lassen (ausschließlich Rechtsabbieger).

gez. Boris-André Meyer, Stadtrat